

Bundestagswahl 2021

Positionen der Wirtschaft als Leitlinie für Wählenden mit den WahlkreiskandidatInnen

Am 26. September wählen über 60 Millionen Bundesbürger den nächsten Deutschen Bundestag. Auch dann werden die (wirtschaftlichen) Folgen der Corona-Pandemie nicht überwunden sein. Ohnehin war Deutschland bereits nach Jahren der Hochkonjunktur träge geworden. Politische Entscheidungen wurden häufig aufgeschoben, mit zu wenig Berücksichtigung wirtschaftlicher Belange, im Verfahren selbst mit zu geringen Vorlaufzeiten für Stellungnahmen durchgeführt sowie Zukunftsaufgaben allenfalls zögerlich angegangen.

So steht der neue Bundestag auf allen Ebenen vor so großen Herausforderungen, wie keiner seiner Vorgänger seit den fünfziger Jahren. Ein kräftiger wirtschaftlicher Aufholprozess oder gar eine Rückkehr zur „Normalität“ dürfte sich - anders als noch im Frühjahr 2020 erhofft - mindestens bis ins kommende Jahr 2022 hinziehen.

Die IHK Düsseldorf positioniert sich deshalb deutlicher und direkter als früher zur deutschen Wirtschaftspolitik (Seite 8). Sie hat dabei sieben, aus Sicht der regionalen Wirtschaft, besonders relevante Politikfelder identifiziert:

Digitalisierung (in Deutschland) -> Seite 2

- > Schnellstmöglichen Netzausbau ermöglichen und fördern
- > Rechtssicherheit und gutes Innovationsklima für digitale Technologien schaffen und ausbauen
- > In der Öffentlichen Verwaltung selbst mit Best Practise vorangehen und EGovernment forcieren

Fachkräftepotenzial und (betriebliche) Ausbildung sichern -> Seite 2

- > System der Dualen (Berufs-)Ausbildung bewahren und der digitalen Wirtschaftswelt anpassen
- > Bürokratieabbau auch in der Dualen Ausbildung (weiter) umsetzen
- > Praxisanforderungen der Wirtschaft stärker ins Studium einbinden
- > Fachkräfteeinwanderung praxisnah umsetzen

Internationale wirtschaftliche Integration sichern und voranbringen -> Seite 3

- > Lehren aus der Corona-Pandemie ziehen: Sicherheit von Lieferketten fördern statt diese stärker zu regulieren
- > Europa krisenfester und zukunftsfähig machen. Binnenmarkthindernisse abbauen
- > Desintegration in Europa verhindern. Der Brexit als warnendes Beispiel
- > Nationalen Tendenzen in der Weltwirtschaft entgegenwirken

Bürokratie muss tatsächlich reduziert werden: Unternehmerisches Handeln und Innovationen erleichtern

- > Bürokratieabbau muss tatsächlich umgesetzt, weitere Bürokratie darf nicht aufgebaut werden -> Seite 4
- > Infrastruktur für digitale Anwendungen bis zur KI schaffen (siehe auch „Politikfeld Digitalisierung“)
- > KMU einbinden/ StartUps stärken
- > Planungsbeschleunigung bei Investitionsvorhaben

Mobilität für Menschen und Güter sicherstellen, Verkehrsengpässe beseitigen/vermeiden -> Seite 5

- > Mehr in Erhalt, Sanierung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur investieren, mindestens Niveau halten
- > Nachhaltigkeit verträglich ermöglichen (Siehe auch Politikfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“)
- > Bezahlbarkeit sicherstellen
- > Digitalisierungschancen nutzen – Neuen Verkehrsmix ermöglichen (Siehe auch Politikfeld „Digitalisierung“)

Nachhaltiges Wirtschaften ermöglichen -> Seite 6

- > Umwelt- und Klimaschutz marktwirtschaftlich organisieren
- > Zusätzliches Engagement anreizen – Nachzügler nicht diskriminieren
- > Öffentliche Aufträge nicht missbrauchen – Bürokratie begrenzen (Siehe auch Politikfeld „Bürokratieabbau“)

Rückkehr zur wirtschaftlichen Normalität: Soziale Marktwirtschaft erneuern -> Seite 7

- > Staatswirtschaft nach der Krise wieder zurückführen
- > Langfristige wirtschaftliche Herausforderungen nicht aus dem Blick verlieren

Zwanzigster Deutscher Bundestag 2021 bis 2025 vor großen Herausforderungen Aus Sicht der regionalen Wirtschaft besonders relevante Felder der Bundes-Politik

Digitalisierung (in Deutschland)

Zuletzt stellte auch der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in seinem Mitte April 2021 veröffentlichten Gutachten fest, dass „die Corona-Pandemie [...] den Rückstand Deutschlands bei der digitalen Transformation in vielen Bereichen schonungslos offengelegt“ hat (S. 24). Das Land nehme die Rolle eines Nachzüglers beim Einsatz digitaler Technologien und Arbeitsweisen ein, was nicht nur auf einen Rückstand beim Breitbandausbau zurückzuführen sei. Der Beirat mahnt deshalb zwar auch dringend weitere Investitionen in die digitale Infrastruktur an. Hier komme es vor allem auf eine zügige Umsetzung im Regulierungsbereich und bei Subventionsprogrammen an. Aber auch vor Corona habe die digitale Transformation in der Breite nur verhalten begonnen, was der Beirat auf Organisationsversagen zurückführt, aber auch auf teils hohe juristische und bürokratische Hemmnisse.

Zwar ist die digitale Transformation letztlich von den Unternehmen und den Verwaltungen selbst zu bewältigen. Der Bundes-Politik kommt jedoch große Bedeutung bei der Setzung von Rahmenbedingungen und ergänzenden Unterstützungen zu.

Besondere Ansatzpunkte aus Sicht der regionalen Wirtschaft für die bundesdeutsche Wirtschaftspolitik sind:

- *Schnellstmöglichen Netzausbau ermöglichen und fördern*
 - > Schnellstmöglich 5G-Standard im Mobilfunknetz, Glasfaser (FTTH) im kabelgebundenen Netz ausbauen.
 - > Investitionen in die mobile und die Leitungsinfrastruktur erleichtern und fördern.
 - > Mit gutem Beispiel vorgehen und eigene Standorte zum Mobilfunkausbau zur Verfügung stellen.
 - > Parallel zum Netzausbau mit eigenen digitalen Anwendungen Nutzungspotenziale erschließen
- *Rechtssicherheit und gutes Innovationsklima für digitale Technologien schaffen und ausbauen*
 - > Die Entwicklung digitaler Anwendungen etwa bei der Künstlichen Intelligenz (KI), bei Plattformen und Infrastrukturen nicht durch nationale Sonderregeln hemmen, sondern auf gemeinsame Regeln und Standards mindestens im europäischen Kontext hinwirken.
 - > Datenschutzerfordernisse praxisnäher gestalten, um wirtschaftlich und gesellschaftlich sinnvolle Lösungen nicht zu behindern.
 - > Öffentliche Förderung von Forschungsprojekten effektiver gestalten und entbürokratisieren, damit die Projekte zügig begonnen und abgeschlossen werden und so mit dem Tempo der digitalen Welt mithalten können.
 - > IT-Sicherheitstechnologien fördern und eigene Vorreiterrolle durch Pilot-Anwendungen einnehmen.
 - > Wirtschaftlich nutzbare Daten aus dem öffentlichen Sektor umfassend digital zugänglich machen.
- *In der Öffentlichen Verwaltung selbst mit Best Practice vorgehen und EGovernment forcieren*
 - > Verwaltungsprozesse durchgreifend digitalisieren. Überprüfen, ob das Onlinezugangsgesetz (OZG; Verpflichtung der Gebietskörperschaften bis Ende des Jahres 2022, ihre Verwaltungsleistungen auch digital anzubieten) umgesetzt und eingehalten wird.

Fachkräftepotenzial und (betriebliche) Ausbildung sichern

Die Beschäftigung ist in Deutschland bis zum Corona-Jahr 2020 auf Rekordniveau gestiegen. Trotz des immer deutlicher werdenden demografischen Wandels waren bis zuletzt Fachkräfteengpässe das wesentliche Geschäftsrisiko in fast allen Branchen, auch und besonders im Ballungsraum Düsseldorf/Kreis Mettmann. Und dies trotz eines grundsätzlich leistungsfähigen Bildungssystems – von der Schule über die betriebliche Ausbildung bis zur Hochschule und permanenter betrieblicher Ausbildung. Dieses gilt es aber zu sichern und zukunftsfest zu machen. Auch eine ungebrochen hohe Einpendlerbereitschaft qualifizierter Arbeitskräfte zu attraktiven privaten und öffentlichen Arbeitgebern im IHK-Bezirk konnte die Engpässe auch nur allenfalls abmildern, aber nicht beseitigen. An die frühere dynamische Beschäftigungsentwicklung gilt es, nach der Corona-Krise so gut wie möglich wieder anzuknüpfen. Wobei die Pandemie den Wandel in der Arbeitswelt beschleunigt hat. Die Digitalisierung hat schlagartig an Tempo gewonnen. Und es steht zu vermuten, dass der ohnehin angelegte Strukturwandel zwischen den Branchen aber auch zwischen den konkreten Tätigkeitsfeldern der Beschäftigten ebenfalls an Tempo und Ausmaß gewinnt. Dadurch wurden bereits angelegte Entwicklungen nicht unbedingt neu hervorgerufen, aber viel mehr als zuvor sichtbar und aktuell. Dieses Tempo erzeugt nun in Politik, Verwaltungen und auch in der Wirtschaft akuten Handlungsbedarf.

Damit die Wirtschaft insgesamt die Pandemie-Folgen verdauen, sich wieder erholen und möglichst bald auf einen Wachstumspfad einschwenken kann, benötigt sie beste Bedingungen, um ihre auch über die Krise hinweg gehaltenen Fachkräfte darauf einzustellen, neue und zusätzliche passende Fachkräfte finden sowie Mitarbeiter aus anderen Branchen einsetzen zu können. Im Bildungssystem gilt es, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen.

Besondere Ansatzpunkte aus Sicht der regionalen Wirtschaft für die bundesdeutsche Wirtschaftspolitik sind:

- *System der Dualen (Berufs-)Ausbildung bewahren und der digitalen Wirtschaftswelt anpassen*
 - > Für ein weiter bedarfsgerechtes und breit gefächertes Angebot an Ausbildungen sorgen.
 - > Berufsbilder zügig an den Wandel in der Wirtschaftswelt anpassen und laufend auch in kleinen Schritten weiterentwickeln.
 - > Voraussetzungen für digitale Einbindung der Schule in den Unterricht in allen Schulformen möglichst zentral schaffen.
 - > Staatliche finanzielle Förderung der Dualen Ausbildung streng auf Krisenzeiten begrenzen und nach Corona wieder zurücknehmen.
- *Bürokratieabbau auch in der Dualen Ausbildung (weiter) umsetzen*
 - > Den Spagat zwischen dem wichtigen praxisnahen ehrenamtlichen Prüfungswesen und dessen Belastungen durch zeitintensive und komplexe Verfahren im Auge behalten. Bei Modernisierungen stets auch den administrativen Aufwand zurückfahren.
- *Praxisanforderungen der Wirtschaft stärker ins Studium einbinden*
 - > Die Beschäftigungsfähigkeit von Hochschulabsolventen stärker auf den Fachkräftebedarf der Wirtschaft ausrichten, ohne den wissenschaftlichen Anspruch der Universitätsstudiengänge aufzugeben. Wirtschaftsbezug etwa durch gesonderte Praxisphasen konsequent integrieren.
- *Fachkräfteeinwanderung praxisnah umsetzen*
 - > Die mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz geschaffenen Möglichkeiten besser nutzbar machen durch seine effiziente und unbürokratische Umsetzung.
 - > Am Zuwanderungs- und Integrationsprozess beteiligte Institutionen mit den nötigen Ressourcen ausstatten und kompatible digitale Strukturen effizient einsetzen.

Internationale wirtschaftliche Integration sichern und voranbringen

Viele Betriebe in Düsseldorf und im Kreis Mettmann sind eng in die europäische und weltwirtschaftliche Arbeitsteilung eingebunden. Sei es durch ihre direkten Warenexporte, wie die Exportquote der Industrie von zuletzt 51 Prozent anzeigt, sei es durch weitere vielfältige indirekte Verflechtungen über ihre deutschen Lieferanten oder Kunden. Dabei noch nicht einmal statistisch erfasst sind die Exporte von Dienstleistungsbetrieben. Zudem beziehen die hiesigen Betriebe selbstverständlich auch Rohstoffe und Komponenten von Lieferanten, die im Ausland ansässig sind. Und schließlich haben nicht wenige hiesige Unternehmen eigene Dependancen im Ausland oder sind selbst Töchter ausländischer Unternehmen und sind jeweils eng mit diesen verflochten.

Dies zeigt die Bedeutung international offener Märkte für die Wirtschaft im IHK-Bezirk, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf Europa liegt, nicht nur wegen der räumlichen Nähe, sondern auch wegen der Europäischen Union mit ihrem Gemeinsamen Markt und den offenen Grenzen. All diese Vorteile weiß die Wirtschaft im IHK-Bezirk sehr zu schätzen. Aber die enge internationale Einbindung auch der regionalen Wirtschaft wird in ihrer Bedeutung für den Wohlstand aller in der Öffentlichkeit und der Politik häufig unterschätzt.

Nicht zuletzt die Corona-Krise mit ihren zeitweilig wieder eingeführten Grenzkontrollen in Europa sowie der Brexit haben dabei deutlich vor Augen geführt, was es heißt, wenn etablierte Lieferketten (zeitweilig) gestört sind oder sich komplett neuen Bedingungen anpassen müssen. Weltwirtschaftlich kommen in den letzten Jahren vermehrt nationale (Abschottungs)Tendenzen hinzu, die mehr oder weniger offen eine Bevorzugung heimischer Unternehmen zum Ziel haben.

Auf die Bundespolitik kommt die Aufgabe zu, diesen Tendenzen europa- aber auch weltweit entschieden entgegenzutreten und die konkreten Vorteile eines regelbasierten freien internationalen Handels aufzuzeigen und durchzusetzen.

Besondere Ansatzpunkte aus Sicht der regionalen Wirtschaft für die bundesdeutsche Wirtschaftspolitik sind:

- *Lehren aus der Corona-Pandemie ziehen: Sicherheit von Lieferketten fördern statt diese stärker zu regulieren*
 - > Staatliche Regulierung von Wertschöpfungsketten vermeiden und etwaigen Bestrebungen auch auf europäischer Ebene entschieden entgegenzutreten, denn eine eventuelle Rückverlagerung von Produktions- und Leistungsstufen nach Deutschland oder in die Europäische Union ist zuallererst eine unternehmerische Entscheidung. Regelungen des Lieferkettengesetzes praxisnah anwenden.

- > Um den grenzüberschreitenden Produktionsverbund zu sichern, nicht nur in Krisenzeiten EU-weit (besser) kooperieren, gemeinsame Lösungen finden und nationale Alleingänge vermeiden.
- > Ein Notfallmanagement aufbauen, um in künftigen erneuten Krisenfällen wie der Corona-Pandemie wenigstens innerhalb der EU die Lieferketten so lange wie möglich aufrecht erhalten zu können.
- > Auch außerhalb der EU die Krisenfestigkeit erhöhen, durch eine Stärkung der Welthandelsregeln und ergänzende bi- und multilaterale Vereinbarungen.
- *Europa krisenfester und zukunftsfähig machen. Binnenmarkthindernisse abbauen.*
 - > Im Binnenmarkt Bürokratie abbauen, neue Belastungen streng begrenzen und gemeinsame Regeln auf einem verträglichen Niveau vereinheitlichen, damit die vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes - Warenverkehr, Personenfreiheit, Dienstleistungsfreiheit und Kapital-/Zahlungsverkehr - ihre wohlstandsstiftende Wirkung voll entfalten können.
 - > Für gleiche Wettbewerbsbedingungen aller europäischen Unternehmen im Binnenmarkt einsetzen, etwa dass EU-Regeln konsequent einheitlich angewendet werden.
 - > Die EU-Wettbewerbspolitik stärker auf die relevanten Märkte ausrichten, die nicht nur für die digitale Wirtschaft immer stärker im globalen Umfeld zu finden sind.
 - > Den ausgesetzten EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt sobald möglich wieder aktivieren und konsequent umsetzen, damit dann die EU-Staaten wieder ein höheres Level an Krisenfestigkeit erreichen.
- *Desintegration in Europa verhindern. Der Brexit als warnendes Beispiel*
 - > Trotz Brexit eine weiter enge Wirtschaftsbeziehung mit dem Vereinigten Königreich sicherstellen.
 - > Bei künftigen Abkommen mit dem Vereinigten Königreich zusätzliche Bürokratie beschränken.
 - > In der EU für weiteren Zusammenhalt der verbliebenen Gemeinschaft einsetzen/sorgen, um für die Unternehmen den einheitlichen Binnenmarkt zu sichern.
- *Nationalen Tendenzen in der Weltwirtschaft entgegenwirken*
 - > Multilaterale Vereinbarungen über die Welthandelsorganisation (WTO) beim Abbau von internationalen Handelshemmnissen den Vorzug vor bilateralen Abkommen geben.
 - > Notfalls und bei mangelndem Erfolg auch durch bilaterale Abkommen Liberalisierungsimpulse setzen.
 - > Die WTO erhalten, modernisieren und stärken, um so den meisten unter deren Regeln abgewickelten außer-europäischen Exporten weitgehende Rechtssicherheit zu gewährleisten.
 - > Handelssanktionen und -Embargos sowie wechselseitige Zoll- und Strafzoll-Aktivitäten auf das absolute Mindestmaß beschränken, regelmäßig überprüfen und baldmöglichst wieder aufheben, da sie nicht nur für die betroffenen Unternehmen zu Einbußen und Verlusten führen.

Bürokratie muss tatsächlich reduziert werden: Unternehmerisches Handeln und Innovationen erleichtern

Seit Jahren steht die Forderung nach Bürokratie-Abbau weit oben auf der Agenda, die die Wirtschaft regelmäßig nicht nur an die Bundespolitik adressiert. Und genauso jahrelang hat sich nicht nur die Bundespolitik genau diese Absicht auf die Fahnen geschrieben, teilweise sogar in Bürokratieabbaugesetzen fixiert und punktuell auch durchgeführt. In der Praxis ist aber der Bürokratieabbau in Gänze nicht vorangekommen. Denn all diese Bemühungen konnten eine nicht nur gefühlte Zunahme der Regulierungsdichte genauso wenig verhindern, wie zusätzliche Berichtspflichten und Auflagen. Hierdurch wird sowohl bei bestehenden Unternehmen produktives Potenzial verschwendet als auch trotz aller Unterstützungen durch die IHK Existenzgründern und StartUps der Einstieg in ihr Wirtschaftsleben erschwert.

Nicht nur im Zusammenspiel mit der staatlichen Bürokratie wäre die konsequente Einführung und Nutzung der Digitalisierung schon heute in großem Umfang möglich. Auch auf dem Feld Forschung und Innovation bremsen bürokratische Anforderungen und ein zu wenig genutztes Potenzial der Digitalisierung oftmals den Innovationsprozess. Ressourcen, die dann für Forschung und Entwicklung fehlen, werden gebunden durch Produktvorschriften, regulatorische Vorgaben, die sich zudem oft als nur schwerfällig an neue Produkt- und Marktentwicklungen anzupassen erweisen, sowie einen hohen Kosten- und Zeitaufwand bei Zulassungs- und Genehmigungsverfahren.

Dass es auch anders gehen kann, zeigt die gegenüber dem vorherigen Ablauf stark beschleunigte Zulassung von Impfstoffen gegen das neue Coronavirus. Wegen des enormen Handlungsdrucks waren sowohl Interesse als auch Anstrengungen aller Beteiligten sehr groß und haben zur Zulassung der ersten Impfstoffe in Deutschland innerhalb weniger als elf Monaten seit dem erstmaligen Auftreten des Virus hierzulande geführt.

Besondere Ansatzpunkte aus Sicht der regionalen Wirtschaft für die bundesdeutsche Wirtschaftspolitik sind:

- *Bürokratieabbau muss tatsächlich umgesetzt, weitere Bürokratie darf nicht aufgebaut werden:*
 - > Neue Gesetze und Verordnungen hinsichtlich ihrer bürokratischen Folgen und Kosten vorab realistisch abschätzen und unter Beteiligung der Betroffenen einem Praxischeck unterziehen sowie vor Inkrafttreten anpassen.

- > Neue Gesetze und Verordnungen präzise abfassen, um eventuell gerichtlich ausgetragene Unklarheiten zu minimieren.
- > „One in - one out“ besser „two out“ konsequent umsetzen (also für jeweils eine neue Regelung alte streichen).
- > Bestehende Gesetze, Verordnungen, Auflagen und Berichtspflichten regelmäßig auf ihre weitere Notwendigkeit, ihre Zielorientierung und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen überprüfen und entsprechend anpassen beziehungsweise wieder abschaffen. Dies gilt auch für die zeitnahe Anpassung an die jeweils aktuelle Rechtsprechung.
- > Belastungen durch Gesetze und Verordnungen konsequent durch den Einsatz digitaler Verfahren möglichst gering halten, von anderen Staaten, etwa im Baltikum oder in Skandinavien lernen.
- > Einfluss in Europa frühzeitig und nachdrücklich geltend machen, um alle neuen EU-Vorschriften möglichst wirtschaftsnah zu gestalten. EU-Regeln national nicht weiter verschärfen, um Wettbewerbsnachteile der Unternehmen zu vermeiden.
- **Infrastruktur für digitale Anwendungen bis zur KI schaffen (siehe auch „Politikfeld Digitalisierung“)**
 - > Digitalen Anwendungen bis hin zur KI möglichst im europäischen Rahmen gemeinsame Regeln schaffen, Standards unterstützen, Haftungs-, Sicherheits- und Datenschutzregeln schaffen sowie deren Transparenz fördern
- **KMU einbinden/StartUps stärken**
 - > Innovationsprogramme und Forschungsförderung für KMU weiter ausreichend und gesichert finanzieren.
 - > Antragsverfahren für Forschungsprojekte vereinfachen, transparenter gestalten und Bearbeitungszeiten verkürzen, auch durch konsequente Nutzung digitaler Möglichkeiten.
- **Planungsbeschleunigung bei Investitionsvorhaben**
 - > Infrastrukturvorhaben stärker nach einheitlichen Regeln planbar machen.
 - > Planungsunterlagen konsequent digital verfügbar machen und bearbeiten.
 - > Reduktion der Planungsstufen bei Gewerbeansiedlungen und Infrastrukturausbauten anstreben.
 - > Verfahrensstufen sollten reduziert werden. Vorzugswürdig erscheint ein integriertes Verfahren für Infrastrukturvorhaben.
 - > Öffentlichkeitsbeteiligung einfacher und transparenter gestalten sowie frühzeitig und stärker integriert nur einmal je Vorhaben vorsehen.
 - > Neue Wege bei der Entwicklung von Industrie- und Gewerbekonzepten und -flächen ermöglichen, da aus Gründen der Nachhaltigkeit (Reduktion von Flächenverbrauch und von Pendlerverkehren) der Druck zur Verdichtung wächst. Deshalb müssen vorhandene Ermessensspielräume bei Genehmigungen genutzt, die Baunutzungsverordnung und die Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm überprüft werden.

Mobilität für Menschen und Güter sicherstellen, Verkehrsengpässe beseitigen/vermeiden

Ein leistungsfähiges Verkehrssystem ist für eine hoch entwickelte Volkswirtschaft unverzichtbar. Dieses hat Deutschland im Grundsatz auch. Aber viel zu häufig wird dieser Vorteil als selbstverständlich angesehen, für dessen Erhalt es keiner besonderen Anstrengungen bedarf. Entsprechend haben Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur über lange Jahre an Bedeutung verloren - bis zu dem Punkt, an dem Sanierungsstaus und fehlende Engpassbeseitigungen das System an seine Grenzen geführt haben. Denn weder hat das Mobilitätsbedürfnis der Menschen abgenommen, noch ist es zu einer grundsätzlichen Entkopplung von Wirtschaftswachstum und (Güter)Verkehr gekommen. Es sieht auch nicht danach aus, als ob sich daran - nach Überwinden der akuten Corona-Krise - so schnell etwas grundlegend ändert.

Hinzu kommt, dass der (gesellschaftliche und damit der) politische Druck auf den Verkehr zunimmt. Dabei konnten Klimaschutzziele im Verkehrssektor trotz technologischem Fortschritt bislang nicht erreicht werden. Die Politik wusste sich oft nur durch Verbote, Einschränkungen und Verteuerungen (kurzfristig) zu behelfen, was für die Wirtschaft angesichts fehlender Alternativen meist nur hohe Belastungen mit sich gebracht hat.

Die deutsche Wirtschaftspolitik ist gefordert zu verhindern, dass die Mobilität von Menschen und Gütern zum Flaschenhals einer weiteren ökonomischen Entwicklung des Landes und auch des IHK-Bezirks wird.

Besondere Ansatzpunkte aus Sicht der regionalen Wirtschaft für die bundesdeutsche Wirtschaftspolitik sind:

- **Mehr in Erhalt, Sanierung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur investieren, mindestens Niveau halten**
 - > Die Finanzmittel für die Verkehrsinfrastruktur mindestens auf dem bisherigen Niveau verstetigen, um eine längerfristige Investitionsplanung bei Betreibern, Bauunternehmen und Nutzern zu erleichtern.
 - > Die Kapazitäten von Bahn und Binnenschifffahrt steigern, durch Ausbau der Infrastruktur, um eine Übernahme und Verlagerung zusätzlicher Verkehre möglich zu machen. Für mehr Flexibilität beim bundeseigenen Konzern Deutsche Bahn sorgen.
 - > Erhalt und Sanierung sowie die Beseitigung von Engpässen weiter konsequent umsetzen. Letzteres umfasst vor allem die Ertüchtigung von Achsen und Knoten, aber auch Lückenschlüsse, um so die Leistungsfähigkeit des

Gesamtnetzes zu steigern.

> Planungskapazitäten in ausreichendem Maß sicherstellen.

> Zusätzliche Einnahmen, etwa aus der Lkw-Maut oder der Emissions-Bepreisung von fossilen Kraftstoffen, dem Verkehrssystem wiederum zusätzlich zweckgebunden zuführen.

- **Nachhaltigkeit verträglich ermöglichen (Siehe auch Politikfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“)**

> Die staatliche Unterstützung bei der aus Umwelt- und Klimaschutzgründen eingeleiteten „Verkehrswende“ etwa von alternativen Antrieben und Kraftstoffen, neuen Mobilitätskonzepten oder autonomen Fahren grundsätzlich technologieoffen gestalten, um die besten und effizientesten Lösungen zu finden und umzusetzen.

> Den zügigen Aufbau einer flächendeckenden und technologieoffenen Versorgungsinfrastruktur für Fahrzeuge mit alternativen Antrieben unterstützen und (weiter) fördern.

- **Bezahlbarkeit sicherstellen**

> Regulatorische oder fiskalische Maßnahmen mit der Absicht, Einfluss auf den Verkehrsmix zu nehmen, abhängig von der Verfügbarkeit alternativer Verkehrsmittel einführen. Dabei ist auf eine wirtschaftlich praktikable und unbürokratische Umsetzung zu achten. Nur so kann der beabsichtigte Lenkungseffekt erzielt werden.

> Mittelfristige Strategie transparent machen, Stufenpläne durchhalten und kurzfristigen Aktionismus vermeiden, um Investitionssicherheit zu fördern.

- **Digitalisierungschancen nutzen – Neuen Verkehrsmix ermöglichen (Siehe auch Politikfeld „Digitalisierung“)**

> Die rechtlichen Rahmenbedingungen anpassen, um die Potenziale der technischen und digitalen Entwicklungen im Verkehrssektor weitestgehend nutzen zu können und sie mit Blick auf den internationalen Wettbewerb innovationsfreundlich zu gestalten.

Nachhaltiges Wirtschaften ermöglichen

Nachhaltigkeit ist das „Wiesel“-Wort in heutigen gesellschaftspolitischen Diskussionen und Überlegungen. Selbst die Corona-Krise hat Überlegungen, Pläne und Bemühungen rund um dieses hehre Ziel berechtigterweise nicht verdrängen können. Die Vereinten Nationen, die Europäische Union, Deutschland, ja bis hin zu einzelnen Kommunen haben sich alle die Einhaltung von Nachhaltigkeitszielen auf die Fahnen geschrieben. Sie alle streben, je nach aktuellem Diskussionsstand und Ausmaß der Zielsetzung, ihre Nachhaltigkeit für die Jahre zwischen 2030 und 2050 an. Wobei nicht immer deren drei Dimensionen wirtschaftlicher Fortschritt, soziale Gerechtigkeit und Umwelt- beziehungsweise Klimaschutz die gleiche Aufmerksamkeit genießen.

Denn in der öffentlichen Diskussion spielen oft nur die beiden zuletzt angeführten Aspekte eine Rolle, am verbreitetsten die Klimaneutralität. Klar ist, dass nur der wirtschaftliche Umgang mit (endlichen) Ressourcen zu Nachhaltigkeit führt. Auch eine Rückführung bereits eingetretener Überforderungen der natürlichen Regenerationsfähigkeit kann nur mit seiner Hilfe begonnen werden. Dies geht aber nur mit der Wirtschaft und nicht gegen die Wirtschaft. Um Nachhaltigkeitsziele ohne weiteren Schaden erreichen zu können, muss die Politik - wo immer es geht - geschickt marktwirtschaftliche Instrumente einsetzen.

Besondere Ansatzpunkte aus Sicht der regionalen Wirtschaft für die bundesdeutsche Wirtschaftspolitik sind:

- **Umwelt- und Klimaschutz marktwirtschaftlich organisieren**

> Zur Durchsetzung von Klimaschutz(konzepten) marktwirtschaftliche Instrumente statt Ordnungsrecht nutzen. Dabei etwa die bestehenden Emissionshandelssysteme weiterentwickeln und möglichst international verknüpfen.

> Weitere Maßnahmen möglichst nicht im nationalen Alleingang einführen. Dabei die internationale Wettbewerbsfähigkeit energie- und emissionsintensiver Unternehmen nicht beeinträchtigen. Diesen notfalls als „second best-Lösung“ ihre Wettbewerbsnachteile kompensieren. Auch dabei so marktwirtschaftlich wie mögliche Lösungen einsetzen.

> Weitere Bürokratiebelastungen der betroffenen Unternehmen auf ein Mindestmaß begrenzen.

> Förderinstrument grundsätzlich technologieneutral ausgestalten und einsetzen

- **Zusätzliches Engagement anreizen - Nachzügler nicht diskriminieren**

> Ein über die gesetzlichen Bedingungen hinausgehendes Engagement einzelner Unternehmen muss freiwillig bleiben und unterliegt der individuellen unternehmerischen Abwägung zwischen (betriebswirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialem) Nutzen und den Kosten.

> Zusätzliches und frühzeitiges Engagement von Unternehmen belohnen, etwa durch die Einbindung in staatliche Image- und Motivationskampagnen sowie als Best Practise-Beispiele.

> Vor allem KMU und Unternehmen abseits der (energieintensiven) Industrie für Umwelt- und Klimaschutzziele weiter und stärker durch gezielte Informationen, Beratungsprogramme und eventuell auch Anschubförderung für konkrete betriebliche Maßnahmen aufschließen.

- **Öffentliche Aufträge nicht missbrauchen – Bürokratie begrenzen (Siehe auch Politikfeld „Bürokratieabbau“)**

> Das öffentliche Auftragswesen nicht mit artfremden Elementen überlasten und etwa die Durchführung über die

gesetzlichen Pflichten hinausgehende Nachhaltigkeits-Bedingungen zur Auflage für Ausschreibungsbeteiligungen machen.

Rückkehr zur wirtschaftlichen Normalität: Soziale Marktwirtschaft neu denken

In Zeiten der akuten und nicht vorhersehbaren Corona-Pandemie hat die deutsche Wirtschaftspolitik völlig zu Recht zunächst zügig und meist sogar unbürokratisch gehandelt. Dabei wurden eigentlich eherne wirtschaftspolitische Grundsätze außer Kraft gesetzt. Dies gilt fast uneingeschränkt für die ersten Wochen und Monate, nachdem die Pandemie Deutschland erreicht hatte, etwa für den ausgeweiteten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente wie die Kurzarbeit, das Aussetzen der fiskalischen Schuldenbremse, die massiven Eingriffe in unternehmerische Handlungsmöglichkeiten oder die direkte Staatsfinanzierung von und -beteiligung an in Not geratenen (vermutlich) systemrelevanten Unternehmen.

Was in der Folgezeit jedoch versäumt wurde ist, beizeiten nach den ersten schlimmen Pandemie-Wochen im Frühjahr 2020 Vorkehrungen für ein auch längeres Andauern der tiefen Krise und für ein wirtschaftliches Recovery-Programm nach Bewältigung der Pandemie zu entwerfen. Hier zeigt sich, dass die bundesdeutsche Wirtschaftspolitik in dem vorhergegangenen, wirtschaftlichen rosigen Jahrzehnt wieder behäbig geworden ist. Allenthalben hat sie sich eher im Verwalten eingerichtet, als für das Gestalten bereit zu sein. Diese Behäbigkeit hat die Corona-Pandemie schonungslos offengelegt. Ein Umsteuern ist in der kommenden Legislaturperiode unbedingt notwendig. Denn in den kommenden Jahren steht die deutsche Wirtschaftspolitik sowieso schon vor der nicht geringen Aufgabe, adäquater als zuletzt auf die zunehmenden Herausforderungen im internationalen Wirtschaftsverbund reagieren, den immer näher rückenden Demografie-Wendepunkt mit seinen Anforderungen in der Arbeitswelt und den (sozialen) Sicherungssystemen bewältigen sowie den Weg zur Klimaneutralität einschlagen zu müssen. Hinzu kommen dann noch die neuen Erblasten aus den Corona-Jahren, von einer erheblich gestiegenen Staatsverschuldung über nachhaltig geschädigte ganze Branchen bis hin zur ausgeweiteten Staatswirtschaft.

Der marktwirtschaftliche Reformbedarf ist dringlich und groß. Selbstverständlich darf dabei nicht aus dem Blick geraten, dass der soziale Zusammenhalt und Frieden in der Gesellschaft ein hohes Gut und wesentlicher Baustein der Sozialen Marktwirtschaft sind.

Besondere Ansatzpunkte aus Sicht der regionalen Wirtschaft für die bundesdeutsche Wirtschaftspolitik sind:

- *Staatswirtschaft nach der Krise wieder zurückführen*
 - > Ausstiegsszenarien aus den in der Corona-Krise ausgeweiteten unternehmerischen Staatsbeteiligungen entwickeln und finanzmarktverträglich zeitnah umsetzen, sobald sich die wirtschaftliche Erholung gefestigt hat.
 - > Mittelfristig zur Nachhaltigkeit des Bundeshaushalts zurückkehren. Dabei die Nettoneuverschuldung schrittweise zurückführen sowie vorwiegend durch Wirtschaftswachstum allmählich aus den „Corona-Schulden“ herauswachsen, nach dem Vorbild der Jahre nach der Finanzkrise im letzten Jahrzehnt.
 - > Schuldenbremse mit Augenmaß lockern, um trotz Konsolidierungskurs Spielraum für Wachstumsimpulse zu schaffen/ wahren.
 - > Haushaltskonsolidierung ausgabenseitig vornehmen. Steuerpolitik mit Augenmaß und Wachstumsorientierung betreiben, dabei Steuererhöhungen vermeiden (kurzfristig ausschließen), die Substanzbesteuerung etwa durch eine Vermögenssteuer im unternehmerischen Bereich ausschließen und Investitionsbedingungen verbessern.
 - > Öffentliches Investitionsvolumen, vor allem in die Infrastruktur, mindestens aufrechterhalten.
- *Langfristige wirtschaftliche Herausforderungen nicht aus dem Blick verlieren*
 - > Einen Anstieg der hälftig auch durch die Unternehmen finanzierten Beiträge zur Gesetzlichen Rentenversicherung über das Jahr 2025 verhindern/in engen Grenzen halten. Dabei dürfen weder Finanzierungsformen (etwa weitere Elemente der privaten Vorsorge) noch Renteneintrittsalter Tabus sein, auch vor dem Hintergrund der Arbeitsmarktwirkungen des demografischen Wandels.
 - > Versicherungsfremde Leistungen in allen Zweigen der gesetzlichen Sozialversicherung konsequent steuerfinanzieren, um hierdurch eine höhere Belastung der Beitragszahler (und damit auch der Unternehmen als Arbeitgeber) vermeiden.
 - > In der Arbeitsförderung die in der Corona-Krise ausgeweiteten Förderbedingungen und Ersatzleistungen wieder auf Normalwerte absenken, um den Druck für Beitragserhöhungen zu begrenzen.
 - > Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung die Integration in den Arbeitsmarkt weiter intensivieren (siehe auch Politikfeld „Fachkräftepotenzial sichern“).
 - > Unternehmensstandorte auf dem Weg zur Normalität und bei der notwendigen Transformation unterstützen, insbesondere Innenstädte und zentrale Lagen, deren Branchen besonders leiden (etwa mittels Flexibilisierung von Genehmigungen und Planungen durch Anpassungen rechtlicher Vorgaben).

Zwanzigster Deutscher Bundestag 2021 bis 2025 vor großen Herausforderungen

Am 26. September wählen über 60 Millionen Bundesbürger den nächsten Deutschen Bundestag. Auch dann werden die (wirtschaftlichen) Folgen der Corona-Pandemie nicht überwunden sein. Ohnehin war Deutschland bereits nach Jahren der Hochkonjunktur träge geworden. Politische Entscheidungen wurden häufig aufgeschoben, mit zu wenig Berücksichtigung wirtschaftlicher Belange, im Verfahren selbst mit zu geringen Vorlaufzeiten für Stellungnahmen durchgeführt sowie Zukunftsaufgaben allenfalls zögerlich angegangen.

So steht der neue Bundestag auf allen Ebenen vor so großen Herausforderungen, wie keiner seiner Vorgänger seit den fünfziger Jahren. Ein kräftiger wirtschaftlicher Aufholprozess oder gar eine Rückkehr zur „Normalität“ dürfte sich - anders als noch im Frühjahr 2020 erhofft - mindestens bis ins kommende Jahr 2022 hinziehen.

Die IHK Düsseldorf positioniert sich deshalb deutlicher und direkter als früher zur deutschen Wirtschaftspolitik:

- Wie in den letzten Jahren bilden die bundesweit in der IHK-Organisation abgestimmten Wirtschaftspolitischen Positionen (WiPos)* die Basis. Diese sind die umfassende thematische Leitlinie für den Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) bei seiner kritischen Begleitung der Wirtschaftspolitik auf Bundesebene.
- Die IHK Düsseldorf beabsichtigt, mit den Bundestags-Direktkandidaten aus den vier Wahlkreisen in Düsseldorf und aus dem Kreis Mettmann gezielt in die Diskussion zu kommen. Dafür hat sie aus den WiPos die für die regionale Wirtschaft besonders bedeutsamen wirtschaftlichen Bundes-Themen aus sieben Bereichen identifiziert und in der vorliegenden IHK-Position formuliert. Diese dient, zusammen mit den WiPos, als Leitlinie und Benennung von Schwerpunktthemen für den direkten Dialog. Innerhalb dieses Rahmens können auf die noch nicht endgültig vorliegenden Wahlprogramme der Parteien und weitere Rückmeldungen aus der Wirtschaft nach der Publikation der IHK-Positionen eingegangen werden.
- Der direkte Dialog mit der Bundespolitik (vor Ort) soll auch nach der Bundestagswahl 2021 nicht abbrechen. Deshalb beabsichtigt die IHK künftig einen regelmäßigen gezielten Austausch mit den dann gewählten Bundestagsabgeordneten. Bei ihnen soll nachgefragt und auf die Umsetzung der IHK-Position gedrängt werden. Aber auch aus Sicht der regionalen Wirtschaft dringliche neue wirtschaftspolitische Themen auf Bundesebene werden dann gezielt adressiert.

Bei der im Vorfeld des nächsten Bundestages und der nächsten Bundesregierung durchgeführten Revision der WiPos* hat die IHK in der Aufstellungs- und Formulierungsphase Stimmen der IHK-Ausschuss-Mitglieder eingeholt und diese in den bundesweiten Diskussionsprozess eingebracht. Die hierbei als prioritär eingestuften Aspekte hat die IHK im Frühjahr 2021 in den IHK-Regionalausschüssen und -Fachausschüssen vorgestellt und diskutiert, einen Formulierungsvorschlag abgestimmt und Anfang Mai in dieser IHK-Position (Leitlinie für Wahlarenen) beschlossen.

Die Vollversammlung der IHK Düsseldorf hat das vorliegende Papier in ihrer Sitzung am 25. Mai 2021 zustimmend zur Kenntnis genommen.

* Mit ihren Wirtschaftspolitischen Positionen unterbreitet die IHK-Organisation regelmäßig Vorschläge zur Wirtschaftspolitik in Deutschland. Die letzte Version datiert aus dem Jahre 2017, wobei bereits einzelne Positionen fortlaufend aktualisiert worden sind. Eine Gesamtrevision erfolgte in den letzten gut zehn Monaten. Nach Beschlussfassung, voraussichtlich im Sommer 2021, formulieren sie die grundsätzliche Positionierung der IHK-Organisation für die Bundestagswahl 2021 und die Zeit danach.

Ansprechpartner:

Gregor Berghausen ☎ 0211 3557-200

@ gregor.berghausen@duesseldorf.ihk.de

Marion Hörsken ☎ 0211 3557-265

@ marion.hoersken@duesseldorf.ihk.de



duesseldorf.ihk.de



duesseldorf.ihk.de/newsletter



/ihkdus



/companies/ihkdüsseldorf



@ihkdus



/user/ihkdus